Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 11 892
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

vom 15. April 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. April 2013) und **Antwort**

Raffke und Co – Es wär‘ so schön gewesen (III)
Und wer zahlt jetzt die Spesen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wer trägt die Kosten für das Verfahren im Streit um die unrechtmäßige Zahlung von Übergangsgeldern an die drei Vorstandsmitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung Berlins?

2. Welche Kosten für Gutachten, Beratung, Rechtsanwälte, Gericht u.a. sind in dem Verfahren in welcher Höhe entstanden?

3. Wer hat diese Kosten zu welchen Anteilen zu tragen?

Zu 1. - 3.: Die Kosten für das Verfahren im Streit um die unrechtmäßige Zahlung von Übergangsgeldern an die drei Vorstandsmitglieder trägt die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV). Rechtsgrundlage ist § 197a Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) in Verbindung mit § 155 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Wer eine Klage zurücknimmt, hat demnach die Kosten zu tragen. Die Kosten werden nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (GKG) erhoben. Die Gerichtskosten richten sich nach dem Streitwert. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg hat den Streitwert auf 549.000 € festgesetzt. Der Gebührensatz hat sich durch die Klagerücknahme der KV Berlin von 4,0 auf 2,0 ermäßigt, so dass die Gerichtskosten 6212 € betragen. Welche Kosten der KV Berlin für Gutachten, Beratung, Rechtsanwälte u. a. in welcher Höhe entstanden sind, ist der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales nicht bekannt.

Innerhalb der Antwortfrist ist keine Stellungnahme der KV Berlin eingegangen.

Berlin, den 17. Mai 2013

In Vertretung

Emine D e m i r b ü k e n - W e g n e r

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Mai 2013)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.